



Nachhaltige Soziale Marktwirtschaft

Policy Brief 2023 | 07

VorSORGE – Wie die Bevölkerung auf den demografischen Wandel vorbereitet ist

Martina Lizarazo López, Thomas Nice

Wenn die Folgen des demografischen Wandels eines sind, dann absehbar und dadurch planbar. Was in der Theorie so einfach klingt, erweist sich für einen Großteil der Bevölkerung jedoch als äußerst schwierig. Unsere Studie zeigt: Nur eine Minderheit ist für die vielfältigen Herausforderungen durch die demografische Alterung gerüstet.

Demografischer Wandel als Game-Changer

Wesentliche Ziele der Nachhaltigen Sozialen Marktwirtschaft bestehen darin, alle Menschen an Beschäftigung und Wohlstand zu beteiligen, die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen zu gewährleisten und soziale Absicherung in jedem Lebensalter zu garantieren. Der demografische Wandel stellt die Erreichung dieser Ziele infrage und fordert jede:n Einzelne:n heraus, die individuelle Lebensplanung eigenverantwortlich anzupassen. Das bedeutet zum Beispiel, alternative Versorgungsformen für den Pflegefall zu organisieren, das sinkende Rentenniveau durch finanzielle Vorsorge abzufedern, sich auf ein längeres Arbeitsleben vorzubereiten oder das Wohnumfeld so zu gestalten, dass auch im Alter ein selbständiges Leben und gesellschaftliche Teilhabe möglich sind. In diesem Policy Brief präsentieren wir die Ergebnisse einer umfangreichen Studie,

die wir gemeinsam mit dem Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung erarbeitet haben, und die sich ausgehend von einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage mit individuellen Strategien zur Bewältigung des demografischen Wandels befasst. Hierbei blicken wir auf vier zentrale Bereiche:

- Finanzielle Altersvorsorge
- Vorsorge für den Pflegefall
- Gestaltung des Wohnumfelds
- Erhalt der Erwerbsfähigkeit

Unser Fokus liegt auf Bevölkerungsgruppen, die in besonderem Maße Schwierigkeiten haben, sich auf die vielfältigen Herausforderungen vorzubereiten. Daraus ergibt sich die Frage, was die Politik tun kann, um individuelle Resilienz im demografischen Wandel zu stärken.

Infobox

Bevölkerungsumfrage

Im August 2022 hat das Institut für Demoskopie Allensbach 1.234 Interviews mit einem repräsentativen Querschnitt der 16- bis 70-jährigen Bevölkerung durchgeführt.

Geringverdiener:innen umfassen Alleinlebende mit weniger als 1.250 Euro, Alleinerziehende mit weniger als 1.500 Euro, Paare ohne Kinder mit weniger als 2.500 Euro und Paare mit Kindern mit weniger als 3.000 Euro monatlichem Nettoeinkommen.

Der **sozio-ökonomische Status** setzt sich zusammen aus der Schul- und Berufsbildung, dem Berufskreis, dem Nettoeinkommen des Hauptverdieners im Haushalt und der Einschätzung der sozialen Schicht nach Eindruck der Interviewer:innen bei der Befragung.

43 Prozent der 16- bis 70-jährigen Nichtrentner:innen schätzen, dass sie im Alter zwar mit dem Geld auskommen werden, aber sparsam sein müssen. Dagegen geht nur gut ein Viertel davon aus, wahrscheinlich genug Geld zur Verfügung zu haben, und 14 Prozent fürchten sogar, dass das Geld knapp oder gar nicht reichen wird. Der wichtigste Grund für eine als unzureichend empfundene Altersvorsorge ist ein zu geringes Einkommen.

Geringverdiener:innen und Ostdeutsche sind besonders schlecht abgesichert

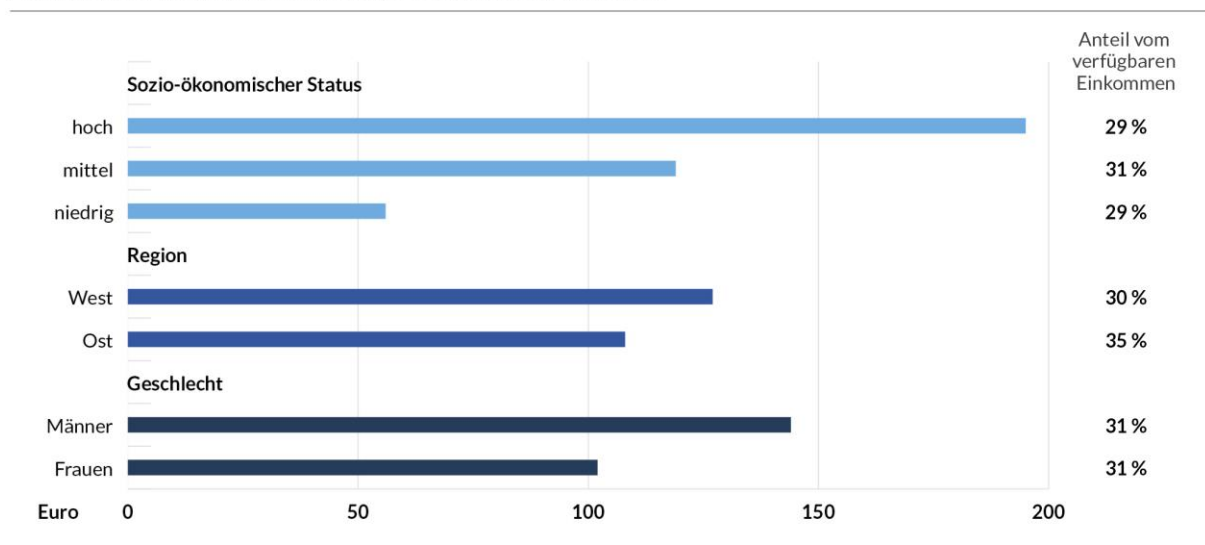
Unter den Befragten mit niedrigem sozio-ökonomischen Status geben besonders viele (38 Prozent) an, dass das Geld im Alter voraussichtlich knapp oder gar nicht reichen wird. Nur jede:r Vierte verfügt über Geldanlagen oder eine Immobilie und jede:r Dritte über eine Versicherung zur Altersvorsorge. Gutverdiener:innen halten hingegen doppelt bis drei Mal so häufig Versicherungen, Anlagen oder eine Immobilie. Über eine betriebliche Altersvorsorge sind nur 14 Prozent der Menschen der unteren sozialen Schicht abgesichert (obere soziale Schicht: 37 Prozent). Auch wenn sich die absoluten Geldbeträge, die Gering- und Gutverdiener:innen monatlich fürs Alter investieren, in der Höhe deutlich unterscheiden (Abb. 1), legen beide Gruppen einen gleich großen Anteil ihres frei verfügbaren Einkommens (Einkommen abzüglich aller laufenden Kosten

Finanzielle Altersvorsorge

Nur eine Minderheit sorgt regelmäßig vor

Zwar erkennt die Mehrheit der Bevölkerung im sinkenden Rentenniveau ein Risiko für den Lebensunterhalt im Alter. Trotzdem legt nur jede:r Dritte:r der 16- bis-70 jährigen Nichtrentner:innen regelmäßig Geld für die Altersvorsorge zurück.

ABBILDUNG 1 Wer wie viel in die private Altersvorsorge investiert



Monatliche Ausgaben der 16- bis 70-Jährigen, die noch keine Rente erhalten, nach sozio-ökonomischem Status, Region und Geschlecht, in Euro sowie Verhältnis der monatlichen Ausgaben für die Altersvorsorge zum monatlich zur Verfügung stehenden Einkommen nach Abzug von Regelausgaben, in Prozent (n = 1.009)

| BertelsmannStiftung

wie Miete, Heizung, Kleidung, Essen und Trinken) zurück.

Menschen aus Ostdeutschland besitzen seltener als Westdeutsche eine betriebliche Altersvorsorge (23 vs. 29 Prozent) oder eine andere finanzielle Absicherung. Auch wenn sie pro Monat im Schnitt ein knappes Fünftel weniger Geld fürs Alter zurücklegen als Menschen im Westen, investieren Ostdeutsche jedoch einen größeren Anteil ihres frei verfügbaren Einkommens.

Vor allem westdeutsche Frauen bauen im Alter auf die Unterstützung durch den Partner

Mehr als jede vierte Frau gibt die Antwort, sich im Alter auf die Unterstützung durch den/die Partner:in oder die Familie zu verlassen, bei den Männern ist es nur jeder Achte. In Ostdeutschland sind Frauen etwas seltener von ihren Partnern abhängig als im Bundesdurchschnitt, sie arbeiten allerdings auch seltener in Teilzeit als Frauen in Westdeutschland (33 vs. 44 Prozent). Zwar ist die Teilzeitquote unter berufstätigen Frauen mit niedrigem und hohem sozio-ökonomischen Status ähnlich hoch (45 vs. 48 Prozent). Frauen mit niedrigem Sozialstatus scheinen sich jedoch seltener darauf verlassen zu können, dass der Partner oder Angehörige ausreichend finanzielle Mittel besitzen, um sie im Alter zu unterstützen.

Vorsorge für den Pflegefall

Nur eine Minderheit ist vorbereitet

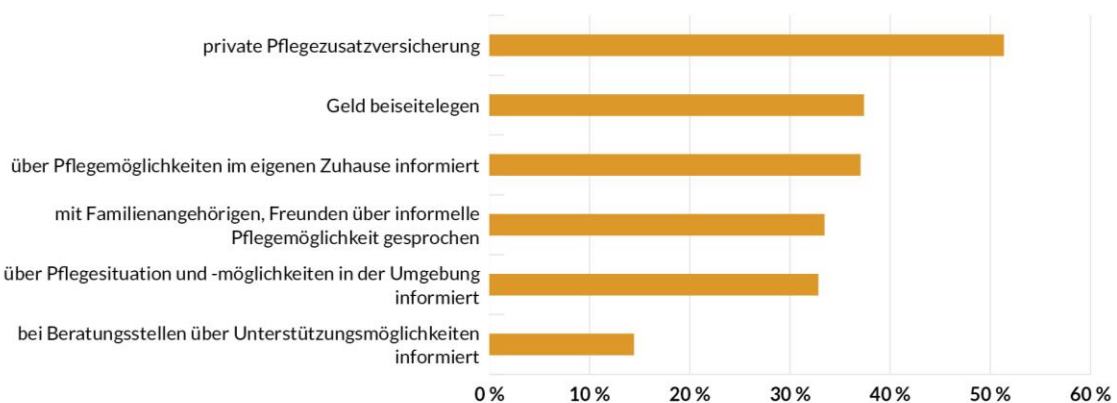
Unter den 60- bis 70- Jährigen hat erst jede:r Dritte bereits Maßnahmen für den Pflegefall ergriffen (50- bis 59-Jährige: jede:r Vierte; zu den Maßnahmen siehe Abb. 2). Vor allem Personen, die bislang keine Pflegebedürftigkeit im unmittelbaren Umfeld erlebt haben, befassen sich selten mit dem Thema.

Große Mehrheit setzt auf Partner:in und Angehörige

Knapp drei Viertel der 50- bis 70-Jährigen gehen davon aus, dass Angehörige ihre Pflege ganz oder teilweise übernehmen werden. 62 Prozent denken, dass der oder die Partner:in zumindest einen Teil der Pflege abdeckt, 46 Prozent schätzen, dass die eigenen Kinder auch beteiligt sein werden, und auf die Hilfe weiterer Angehöriger setzen 13 Prozent. Jede zehnte Frau befürchtet, nicht die nötige Unterstützung durch Angehörige zu bekommen. Bei den Männern sind es nur halb so viele, sie bauen überdurchschnittlich oft auf die Pflege durch die Partnerin.

50- bis 70-Jährige mit niedrigem Sozialstatus rechnen für den Pflegefall deutlich seltener mit der Unterstützung durch den/die Partner:in als Gleichaltrige mit hohem Sozialstatus (49 vs. 72 Prozent). Sie sorgen sich auch häufiger, keine pflegerische Hilfe durch Angehörige zu erhalten (14 vs. 7 Prozent), und gehen öfter davon aus,

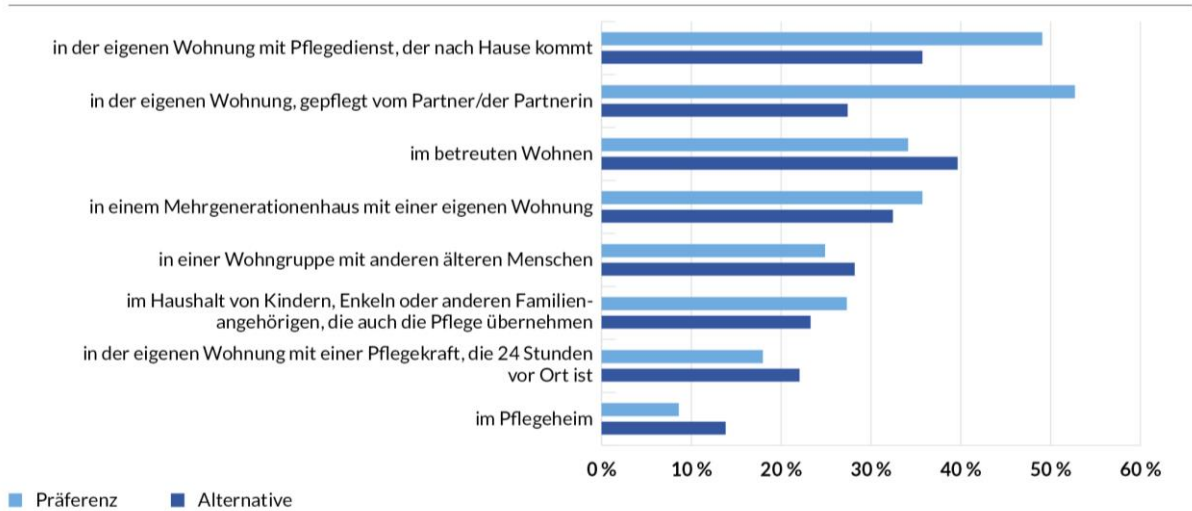
ABBILDUNG 2 Wie sich Ältere auf einen Pflegefall vorbereiten



Anteil an den 50- bis 70-Jährigen, die bereits etwas für einen möglichen Pflegefall unternommen haben, in Prozent (n = 170)

| BertelsmannStiftung

ABBILDUNG 3 Wer wo gepflegt werden möchte



Anteil an den 16- bis 70-Jährigen, in Prozent (n = 1.234)

| BertelsmannStiftung

eines Tages in ein Pflegeheim ziehen zu müssen (22 vs. 14 Prozent). Die Angst vor Einsamkeit im Alter ist unter Menschen mit niedrigem Sozialstatus ebenfalls stärker verbreitet.

Möglichst lange selbständig leben: Wunsch versus Vorsorge

Die Mehrheit der Befragten möchte möglichst lange in der vertrauten Umgebung wohnen bleiben, auch wenn eines Tages Unterstützung benötigt wird (Abb. 3). Dagegen bewerten allerdings nur gut 17 Prozent der 50- bis 70-Jährigen ihre Wohnsituation als altersgerecht, mehr als die Hälfte sehen ihr Zuhause nur eingeschränkt und fast ein Fünftel sogar als überhaupt nicht für das Alter geeignet an. Unter Eigentümer:innen dieser Altersgruppe liegt der Anteil derjenigen, die das häusliche Umfeld für gar nicht altersgerecht halten, allerdings deutlich niedriger als unter Mieter:innen (10 vs. 32 Prozent).

Gestaltung des Wohnumfelds

Nutzung technischer Hilfsmittel auch von Sozialstatus abhängig

Befragte zwischen 50 und 70 Jahren mit niedrigem sozio-ökonomischen Status wenden – wahrscheinlich auch aus finanziellen Gründen – seltener als Gleichaltrige der oberen sozialen Schicht technische Hilfsmittel an, die das Leben

im Alter erleichtern können. Vergleichsweise wenige von ihnen kommunizieren mit Nahestehenden über Videotelefonie (27 vs. 45 Prozent) oder lassen sich im Haushalt bzw. Garten von Robotern helfen (10 vs. 22 Prozent). Ähnlich sieht es mit Blick auf die elektronische Übermittlung medizinischer Daten (2 vs. 4 Prozent) oder Videosprechstunden mit dem Arzt aus (2 vs. 6 Prozent), die bisher jedoch allgemein nur sehr selten in Anspruch genommen werden. Nutzen Befragte mit hohem Sozialstatus technische Hilfsmittel noch nicht, zeigen sie sich allerdings deutlich offener, diese in Zukunft zu verwenden.

Die Umfrageergebnisse deuten nicht darauf hin, dass Landbewohner:innen technische Hilfsmittel überdurchschnittlich oft anwenden oder sich deren Nutzung in Zukunft eher vorstellen können als Stadtbewohner:innen, obwohl sie eigentlich besonders davon profitieren könnten. Selbst Personen im ländlichen Raum, die unzufrieden mit der medizinisch-pflegerischen Versorgung sind, zeigen sich nicht spürbar offener für E-Health und Telemedizin als Menschen, die mit der Versorgungslage generell zufrieden sind. Ein Grund hierfür könnte sein, dass das ehrenamtliche Engagement und das soziale bzw. familiäre Netz auf dem Land stärker ausgeprägt sind, sodass technische Hilfsmittel für nicht unbedingt notwendig erachtet werden.

Erhalt der Erwerbsfähigkeit

Nur eine Minderheit achtet im Job auf die eigene Gesundheit

Über alle Altersgruppen hinweg und unabhängig vom sozio-ökonomischen Status gibt etwas weniger als die Hälfte der Berufstätigen an, im Job auf die eigene Gesundheit zu achten. In allen sozio-ökonomischen Schichten fühlen sich die Befragten ähnlich häufig durch ihren Beruf belastet. Die Reaktionen darauf fallen jedoch sehr unterschiedlich aus: Während fast jede:r dritte Berufstätige mit hohem sozio-ökonomischen Status flexible Arbeitszeitmodelle nutzt, trifft dies nur auf jede:n Zehnte:n mit niedrigem Sozialstatus zu. Letztere bemühen sich hingegen häufiger um altersgerechte Arbeitsbedingungen oder ziehen näher an den Arbeitsort. Danach gefragt, was ihre Arbeitsbedingungen verbessern würde, nennen sie zudem häufiger als Personen mit mittlerem oder hohem Sozialstatus weniger Leistungsdruck, mehr Urlaubstage, mehr Wertschätzung, weniger körperliche Belastung und mehr Abwechslung.

Frauen bringen eher berufliche Opfer für Pflegearbeit

Rund jede:r zehnte Befragte zwischen 16 und 70 Jahren war zum Zeitpunkt der Umfrage an der Pflege eines oder einer Angehörigen beteiligt – unter den Frauen waren es 13 Prozent, bei den Männern hingegen nur 7 Prozent. Unter Personen, die Teilzeit arbeiten oder keiner bezahlten Beschäftigung nachgehen, ist der Anteil der Pflegenden etwa doppelt so hoch wie unter Personen, die 35 Stunden oder mehr arbeiten. Jedoch zeigen sich auch hier Unterschiede zwischen den Geschlechtern: Pflegenden Frauen arbeiten mehrheitlich in Teilzeit, während pflegende Männer häufiger in Vollzeit erwerbstätig sind. Ein Grund hierfür ist, dass Frauen im Schnitt wöchentlich mehr Zeit in die Pflege investieren (Kochskämper et al. 2020). Wenig verwundert es daher, dass sie sich häufiger als Männer wünschen, die Arbeitszeit flexibler zu gestalten (54 vs. 33 Prozent) oder von zuhause aus zu arbeiten (32 vs. 18 Prozent). Über die Hälfte der erwerbstätigen Frauen wäre darüber hinaus bereit,

die Arbeitszeit zu reduzieren, um eine:n pflegebedürftige:n Angehörige:n zu unterstützen im Vergleich zu nur etwas mehr als einem Drittel der erwerbstätigen Männer.

Nicht einmal jede:r Zehnte möchte länger arbeiten

Ein Erwerbsleben über die Regelaltersgrenze hinaus erfreut sich unter den Berufstätigen aller Altersgruppen keiner großen Beliebtheit. Über ein Viertel der Berufstätigen will hingegen schon früher in Rente gehen, ein Viertel ist noch unentschieden und für knapp ein Fünftel hängt die Entscheidung von der eigenen Leistungsfähigkeit und der Belastung im Job ab.

Von den Berufstätigen mit niedrigem sozio-ökonomischen Status wollen überdurchschnittlich viele (41 Prozent) vorzeitig in den Ruhestand wechseln. Sie begründen dies besonders oft mit gesundheitlichen Einschränkungen oder damit, den Stress nicht mehr zu wollen. Frührentner:innen in spe aus den höheren sozialen Schichten wollen hingegen vor allem mehr Zeit für Interessen und Hobbys, Reisen, Neues oder die Familie haben. Angesichts der sich rasch wandelnden Arbeitswelt ist es auffällig, dass nur knapp 15 Prozent der Berufstätigen mit niedrigem Sozialstatus bereits berufliche Weiterbildungsangebote genutzt haben (obere Schicht: 38 Prozent). Noch deutlicher fallen die Unterschiede aus, wenn es darum geht, bei Digitalisierung und Automatisierung auf dem neuesten Stand zu bleiben (14 vs. 48 Prozent).

Wer ist besonders gefährdet?

Grundlegende Ressourcen wie finanzielle Mittel, das Wissen etwa um Beratungsangebote oder den Umgang mit technischen Hilfsmitteln, ein starkes soziales Netz und eine gute Gesundheit entscheiden mit darüber, ob sich Menschen individuell auf die Folgen des demografischen Wandels vorbereiten können oder nicht. Diesen vier Ressourcen haben wir jeweils vier Indikatoren zugeordnet, die den in der Bevölkerungsbefragung abgefragten Strategien entsprechen (Abb. 4). Fehlen den Befragten zwei oder mehr der vier

Indikatoren, gilt die Person in Bezug auf die jeweilige Ressource als vulnerabel.

Fehlt Menschen eine Ressource (z. B. finanzielle Mittel, da keine finanzielle Vorsorge fürs Alter und den Pflegefall sowie kein Haus als Absicherung vorhanden sind), können sie das Defizit unter Umständen mithilfe einer anderen Ressource – z. B. durch ein starkes soziales Netz – kompensieren. Personen, die gleich drei oder alle vier Ressourcen nicht nutzen können, sehen wir als ‚besonders gefährdet‘. Sie sind kaum in der Lage, auf eigene Faust mit den Folgen der gesellschaftlichen Alterung fertig zu werden.

Rund 30 Prozent der 50- bis 70-jährigen Nichtrentner:innen sind besonders gefährdet

Fast 60 Prozent der 50- bis 70-jährigen Nichtrentner:innen mit niedrigem sozio-ökonomischen Status sind nach unserer Definition besonders gefährdet (Abb. 5), insbesondere mit Blick auf die Ressourcen ‚finanzielle Mittel‘, ‚soziales Netz‘ und ‚Gesundheit‘. Sie machen damit 39 Prozent der besonders gefährdeten Personen aus – ihr Anteil hier ist fast doppelt so hoch wie unter den 50- bis 70-Jährigen Nichtrentner:innen insgesamt. Zu den besonders Gefährdeten zählen darüber hinaus Menschen aus Ostdeutschland (v. a. in Bezug auf finanzielle Vorsorge und soziale Netze), Großstädter:innen sowie Alleinerziehende.

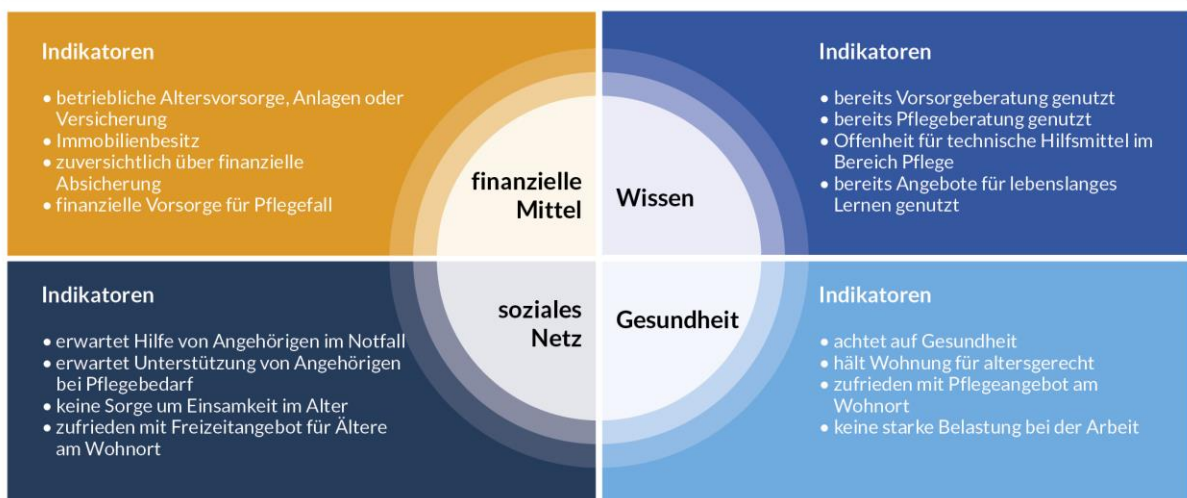
In absoluten Zahlen sind 50- bis 70-Jährige aus den mittleren Schichten am häufigsten besonders gefährdet, insbesondere mit Blick auf die Ressource ‚finanzielle Mittel‘. Viele befürchten, nicht ausreichend privat vorgesorgt zu haben und besitzen keine Immobilie zur Absicherung im Alter. Auch wenn vergleichsweise wenige von ihnen Gefahr laufen dürften, in existenzielle Nöte oder Altersarmut zu geraten, zeigt dieses Ergebnis jedoch, dass Vulnerabilität im demografischen Wandel einen breiteren Teil der Gesellschaft betrifft.

50- bis 70-Jährige Frauen und Männer sind zwar ähnlich häufig besonders gefährdet, bei den Männern bezieht sich die Vulnerabilität jedoch stärker auf die Gesundheit, bei den Frauen eher auf finanzielle Vorsorge und das soziale Netz.

Handlungsbedarfe

Um den Folgen des demografischen Wandels zu begegnen, braucht es zum einen übergreifende Maßnahmen, die das Problembewusstsein in der Bevölkerung für die vielfältigen Herausforderungen stärken, für notwendige Eigeninitiative sensibilisieren und mit niedrigschwelligen Beratungsangeboten weite Teile der Gesellschaft unterstützen. Zum anderen sind Maßnahmen notwendig, die die spezifischen Bedarfe einzelner Bevölkerungsgruppen adressieren. Besonders gefähr-

ABBILDUNG 4 Die Indikatoren zur Untersuchung von Vulnerabilität im demografischen Wandel



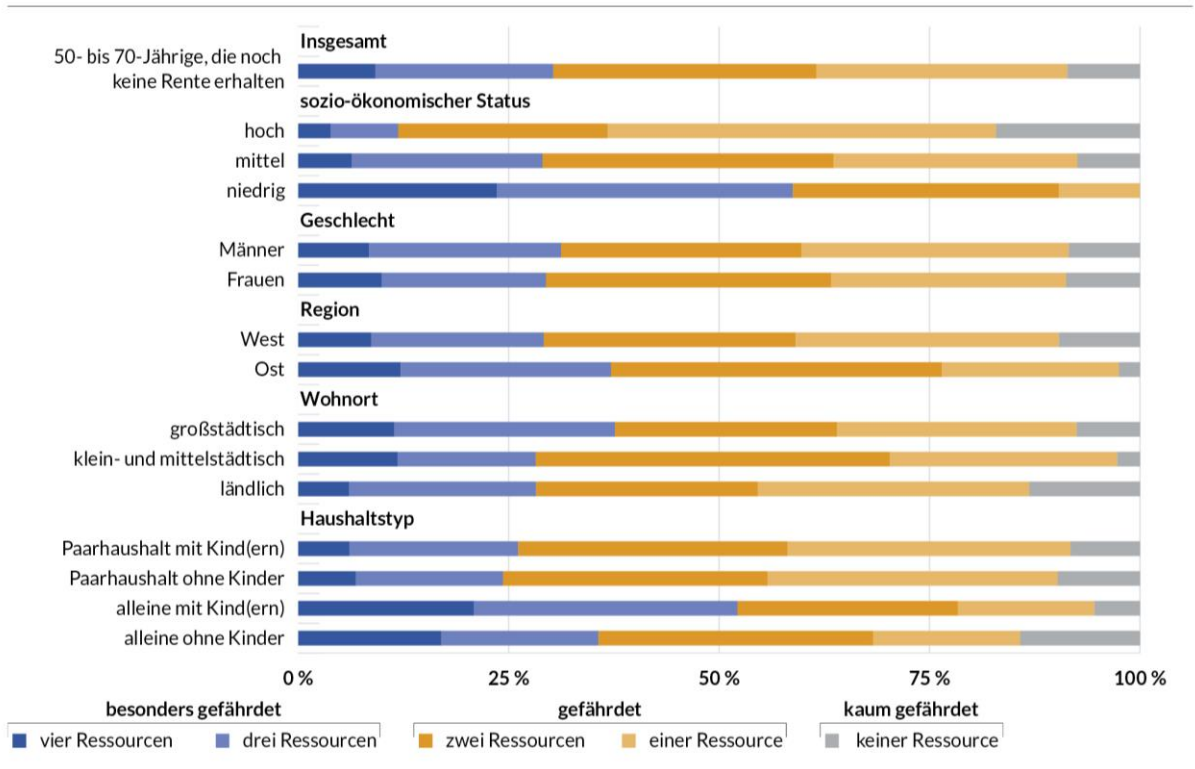
dete Personen in den Blick zu nehmen und deren Resilienz zu stärken ist eine politische Querschnittsaufgabe, die im Gesetzgebungsverfahren fest verankert werden sollte. So könnte beispielsweise der „Demografie-Check“, der zur Überprüfung neuer Gesetzesentwürfe hinsichtlich ihrer Auswirkungen auf künftige Generationen ins Leben gerufen wurde, um den Punkt erweitert werden, dass die Bedürfnisse der im demografischen Wandel besonders gefährdeten Gruppen besondere Berücksichtigung finden.

Das wirksamste Mittel gegen Altersarmut sind angemessene Löhne, durchgängige Erwerbsbiografien und sozialversicherungspflichtige Jobs. Darüber hinaus ist es wichtig, die breite Bevölkerung zu mehr privater Vorsorge zu motivieren. Mögliche Maßnahmen reichen von einer Ausweitung bestehender Steuervorteile und Zuschüsse für Altersanlagen bis hin zu einem staatlichen Standardprodukt, in das Beschäftigte automatisch einzahlen, sofern sie nicht aktiv widersprechen (Opt-Out-Regelung). Auch eine Ausweitung der betrieblichen Altersvorsorge ist von Bedeutung.

Eine wichtige Voraussetzung für ausreichende Alterseinkünfte ist die Erwerbstätigkeit über den Lebensverlauf. Angesichts der sich rasch wandelnden Arbeitswelt wird es immer wichtiger, auch bildungsferne Gruppen regelmäßig weiterzubilden und im Sinne eines strategischen Personalmanagements Tätigkeitsfelder zu schaffen, in denen ältere Arbeitnehmer:innen auch dann ihre Erfahrung und Kenntnisse einbringen können, wenn sie nicht mehr in der Lage sind, körperlich anstrengende Aufgaben zu übernehmen.

Auch Maßnahmen, die die Vereinbarkeit von unbezahlter Sorge- und Erwerbsarbeit erleichtern, sind von gesamtgesellschaftlicher Relevanz. Dabei geht es nicht darum, dass Frauen noch mehr Tätigkeiten unter einen Hut bekommen sollen, sondern dass ihnen unbezahlte Arbeit abgenommen bzw. diese umverteilt wird. Dazu gehören mehr Investitionen in eine qualitativ wie quantitativ angemessene Betreuungs- und Bildungsinfrastruktur, die Kinder und Jugendliche auf den Arbeitsmarkt der Zukunft vorbereitet. Zudem könnten weitere Anreize für eine partnerschaftliche Aufteilung der Elternzeit, etwa durch den Ausbau von Partnerschaftsbonus und Elterngeld-Plus,

ABBILDUNG 5 Wer verschiedene Formen der Vulnerabilität auf sich vereint



Anteil an den 50- bis 70-Jährigen, die noch keine Rente beziehen, in Prozent (n = 375)

| BertelsmannStiftung

geschaffen und die Inanspruchnahme haushaltsnaher Dienstleistungen noch stärker gefördert bzw. finanziell unterstützt werden.

Die Angehörigenpflege ist Deutschlands größter Pflegedienst. Auch in Zukunft werden Angehörige einen Großteil der Pflege übernehmen müssen. Bereits 2019 forderte der unabhängige Beirat für die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf eine monatliche Zahlung an Pflegenden, die großzügiger ausgestaltet ist als das aktuelle Pflegegeld. (Unabhängiger Beirat für die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf 2019). Wichtig ist jedoch, auch Konzepte zu entwickeln, um Beruf und Pflege besser zu kombinieren.

Pflege und Gesundheitsversorgung finden vor Ort statt. Daher sollten Bund und Länder kommunale Lösungen fördern, die sich an den örtlichen Bedarfen und Gegebenheiten orientieren. Um innovative und erfolgreiche Konzepte langfristig zu verankern, brauchen sie allerdings eine sichere Finanzierung. Auch sollte sich der Erfahrungsaustausch in Netzwerken noch stärker verbreiten, damit lokale Gesundheitspolitiker:innen besser voneinander lernen können. E-Health und Telemedizin können helfen, die wohnortnahe Versorgung zu sichern. Hierfür braucht es allerdings neben einer flächendeckenden und leistungsstarken digitalen Infrastruktur, auch ein digitalisiertes Gesundheitswesen, den Austausch zwischen den verschiedenen Leistungserbringern und die kompetente Anwendung digitaler Tools durch deren Nutzer:innen.

Der weit verbreitete Wunsch, auch im Alter möglichst lange im gewohnten Lebensumfeld wohnen zu bleiben, sollte von der Politik noch stärker unterstützt werden. Wichtig ist, dass Sanierungsförderungen für altersgerechtes Wohnen auch Menschen mit geringen Einkommen erreichen, und vor allem in den boomenden Städten mehr barrierefreie Sozialwohnungen entstehen.

Studien

Nice, T., Sixtus, F. (2023): VorSORGE – Wie die Bevölkerung auf den demografischen Wandel vorbereitet ist. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.

Institut für Demoskopie Allensbach (2023): Individuelle Strategien zur Bewältigung des demografischen Wandels. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.

Literatur

Kochskämper, S., Neumeister, S. et al. (2020): Unspezifische Vorsorge – reicht es für die Pflege? Untersuchung anhand des Sozio-oekonomischen Panels. IW-Report (44).

Unabhängiger Beirat für die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf (2019): Erster Bericht des unabhängigen Beirats für die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf.

V.i.S.d.P

Bertelsmann Stiftung
Carl-Bertelsmann-Straße 256
D-33311 Gütersloh

Armando Garcia Schmidt
Telefon: +49 5241 81-81543
armando.garciaschmidt@bertelsmann-stiftung.de

Dr. Thieß Petersen
Telefon: +49 5241 81-81218
thiess.petersen@bertelsmann-stiftung.de

Eric Thode
Telefon: +49 5241 81-81581
eric.thode@bertelsmann-stiftung.de

Titelbild: © Studio Romantic – stock.adobe.com

Autor | Kontakt

Martina Lizarazo López
martina.lizarazo.lopez@bertelsmann-stiftung.de
Telefon: +49 5241 81 81576

Thomas Nice
nice@berlin-institut.org
Telefon: +49 30 31 01 77 67

ISSN: 2751-7373